Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stad
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 264. Sonntag den 11. November. 1849.

Deutschland.

☾ Berlin, den 7. November. Heute Abend wohnte ich der General-Versammlung des Treubundes im glänzend restaurirten und durch Seitenlogen erweiterten großen Saal des Gesellschaftshauses bei. — Zum ersten Male hatte ich hier Gelegenheit, den schon oft genannten Rhetor Schramm zu hören; er las Scherenberg's vaterländisches Gedicht: „Waterloo" vor, und ich muß gestehen, daß er vollkommen die Anerkennung verdient, die er allseitig gefunden. Höchst ergreifend war der Moment, wo der Dichter die Preußen mit einem Hurrah sich auf die Franzosen stürzen läßt. — Der Vorleser hatte dieses Hurrah noch nicht ganz ausgesprochen, als es auch schon in der Versammlung den kräftigsten Wiederhall fand: — Vater Wrangel war eingetreten! — Ungeheuer war der Jubel, und nicht enden wollten die Hochs auf den gefeierten General, der nach allen Seiten hin wohlwollend die Hand zum Gruße reichte. Endlich gelang es Herrn Schramm, wieder fortzufahren und er schloß seinen Vortrag unter allgemeinem Beifall. — Hierauf wurden von Militair-Sängern 2 Lieder vorgetragen, unter Leitung des Componisten Häring, der zugleich der Verfasser ist. — Bei dem Wrangel-Liede brach der Jubel von Neuem aus und es mußte auf stürmisches Verlangen wiederholt werden. — Nach dem Vortrag dieser Lieder hielt Herr Baron v. Seld eine Ansprache an die Versammlung. Wer je schon Gelegenheit gehabt hat, diesen um die gute Sache und um die Linderung der Armuth und Noth in jeder Hinsicht so hoch verdienten Volksmann zu hören, der wird mit mir übereinstimmen, daß er im hohen Grade die seltene Gabe besitzt, für das Edle und Gute die Herzen zu begeistern. — Dies zeigte sich auch heut wieder; — denn dem allbeliebten Redner ist es auf das Vollständigste gelungen, den Geist der Zwietracht und des Unfriedens, der sich dadurch documentirte, daß man nach dem Hoch auf Seine Majestät den König, sofort ein Lebehoch auf den ausgetretenen Grafen Luckner ausbrachte, — aus der Versammlung zu bannen. Ihm nach, erhob sich die ganze Versammlung, mit zum Schwur gehobener Rechten und gelobte, daß aller Zwist aufhören, die alte Liebe und Eintracht wiederum zur Geltung gelangen und die gute Sache allein im Auge behalten werden solle. — Als das Schlußlied gesungen wurde, verließ General v. Wrangel unter donnerndem Hurrahruf den Saal. — Nicht uninteressant möchte noch die Mittheilung sein, daß Baron v. Seld zu den Stiftern des hiesigen Handwerkervereins gehört. In der ersten Zeit war das Verhältniß, wie Seld selbst erzählt, ein herzliches, und seine Vorträge wurden beifällig aufgenommen. Späterhin jedoch, als andere Elemente hineinkamen und der Verein nicht mehr Belehrung allein suchte, sondern sich auch noch um „andere" Dinge bekümmerte, sagte man sich von Seld los, — weil er zu „verdrehte" Ansichten habe!

‡ Berlin, den 8. November. Morgen werden zwei junge Männer Berlin verlassen, um sich einer Unternehmung des berühmten Englischen Reisenden Richardson zur Erforschung des Innern von Afrika anzuschließen. Richardson hat schon einmal eine Reise nach Afrika gemacht, er unternimmt jetzt auf Englische Staatskosten eine zweite, deren Dauer zur Förderung wissenschaftlicher und Handels-Zwecke, auf zwei Jahre vorläufig festgestellt ist. Ueber seine frühere Reise hat er in seinem bekannten Werke Travels in the Great Desert of Sahara Bericht erstattet. Seine jetzige Reise wird von Tripoli aus nach Marsuk die Sahara durchschneiden bis zum Tschad-See, und nach Erforschung der Landschaften in den Umgebungen dieses See's sich auf dem Nordwege wieder zurückwenden. Der Preußische Gesandte in London, Herr Bunsen, hat es bei dem Lord Palmerston ausgewirkt, daß ein Deutscher Gelehrter die Unternehmung mitmache. Als Bedingung wurde gestellt, daß derselbe Geognost und Zeichner sei, Englisch und Arabisch verstehe und zu seinen persönlichen Bedürfnissen eine Summe von 150 bis 200 Pfund Sterl. aufbringen könne. Man suchte längere Zeit nach einem Gelehrten, der bei jugendlicher Kraft, Muth und Entschlossenheit zugleich jene anderen Bedingungen erfüllen konnte und fand ihn in der Person des Dr. Overweg, der von seinem Knabenalter an seine Studien zu einer großen orientalischen Reise eingerichtet hatte. Seine Kenntnisse im Arabischen sollen so bedeutend sein, daß er einen großen Theil des Koran auswendig weiß. Der berühmte Mineraloge Gustav Rose empfiehlt ihn als einen seiner tüchtigsten Schüler im Gebiete der Geognosie, und so möchte in ihm wohl eine vorzügliche Wahl getroffen sein. Da es ihm aber an hinlänglichen Geld-Mitteln fehlt, so hat die hiesige geographische Gesellschaft auf Karl Ritters Veranlassung aus ihrer Kasse ihm eine Summe von 1000 Thlr. einstimmig bewilligt. Als die Sache entschieden war, gesellte sich noch ein zweiter Begleiter hinzu, der aber die Kosten aus eigener Tasche deckt, Dr. Bath, der ebenfalls schon eine afrikanische Reise gemacht hat. Er ist Ethnograph und Alterthumsforscher, so daß also diese Unternehmung von den ersprießlichsten Folgen für die Wissenschaft zu werden verspricht. In Paris treffen sich die Theilnehmer, und treten in den nächsten Tagen die Reise von dort an.

Berlin, den 9. November. (Berl. N.) Nach hier, aus Stettin eingegangenen Nachrichten, ist der „Adler" mit voller Besatzung und Kugelvorrath nach Stockton unter Segel gegangen, um sich mit den Deutschen Schiffen zu vereinigen. Die „Amazone" ist gerüstet nach Danzig abgesegelt. — Ueber das Projekt einer Zollvereinigung mit Oesterreich, sind wir im Stande, folgende Mittheilung zu machen. Bereits gegen Ende der dreißiger Jahre wurde von dem bekannten Preuß. Finanzier Kühne eine Zollvereinig eng mit Oesterreich angestrebt und ein Agent zur Betreibung der Sache und Kenntnißnahme der bezüglichen Verhältnisse nach Wien gesandt. Es hat sich herausgestellt, daß die damals separate Stellung der einzelnen Länder des Oesterreichischen Kaiserstaates, die wie Ungarn und die Lombardei zum Theil besondere Zollsysteme hatten, ein unüberwindliches Hinderniß für die projektirte Zollvereinigung mit Deutschland waren. Jetzt nun, wo in Oesterreich die politische Gleichstellung der verschiedenen Theile der Monarchie durch die Verfassung ausgesprochen worden ist und mithin jene Zollgrenzen gefallen sind, ist eine Verständigung Oesterreichs mit Preußen hinsichtlich einer Zoll-Vereinigung angebahnt worden. Es steht zu erwarten, daß die diesseitige Regierung das Project auf alle mögliche und mit den Interessen der Industrie und des Handels zu vereinbarende Weise fördern wird, um der Deutschen Handels- und Gewerbthätigkeit die reichen Absatzwege zu öffnen, welche für diese allein im Osten liegen. — Die Commission der ersten Kammer, welche zur Prüfung des Diergardtschen Antrags wegen der Errichtung der Provinzial-Hülfskassen niedergesetzt war, legt in ihrem Bericht der Kammer einen Gesetzentwurf zur Genehmigung vor, wonach die von dem Vereinigten Landtage für die Errichtung solcher Hülfskassen bewilligten Summen — welche bisher von der General-Staats-Kasse als abgesonderter Fonds, denen die Zinsen zuwachsen, verwaltet wurden — sogleich zu dem bestimmten Zwecke ausgezahlt werden sollen. Die Verwaltung derselben soll einstweilen bis zur Einrichtung der Provinzial-Versammlungen der Oberaufsicht der Regierung, in den einzelnen Provinzen den Ober-Präsidenten unterstellt werden. — Herr v. Patow hat die nachgesuchte Entlassung als Oberpräsident der Provinz Brandenburg erhalten. — Am 7. d. M., Vormittags halb 12 Uhr, verstarb in Rogau in Schlesien der Staatsminister a. D. v. Rother im beinahe vollendeten einundsiebenzigsten Lebensjahre. — Das Standquartier der beiden Berliner Landwehrbataillone wird verlegt werden; das des 1. Bataillons nach Wusterhausen, das des 3. nach Spandau. — Die Regiments-Verbindung der Landwehrbataillone wird aufgehoben und die Landwehr-Schwadronen werden Linien-Regimentern attachirt werden.

PPC Stettin, den 7. Novbr. Je näher der Termin zur Berufung des Reichtages heranrückt, desto mehr wenden sich auch die demokratischen Blätter unserer Provinz, an deren Spitze die Ostsee-Zeitung steht, der Erörterung der Frage „Wählen oder Nichtwählen" zu. Die heftigen Anfeindungen, mit welchen sie die fernere Entwickelung des Deutschen Bundesstaates zu hemmen suchen, bleiben bei der auch in unserer Provinz vorhandenen ultra-conservativen Partei nicht ohne Anklang. Wenn sich auch hier die politischen Extreme vereinigen, so läßt sich doch erwarten, daß die große Mehrheit unserer Provinz, welche sich der wahrhaft Deutschen Politik des Ministeriums aufrichtig angeschlossen hat, den bevorstehenden Wahlen nicht entziehen wird. — Von einem unserer Pommerschen Abgeordneten, dem Professor Baumstark, ist so eben eine Brochüre über die Einkommensteuer-Frage erschienen; dieselbe spricht sich im wesentlichen für den ersten vom Ministerium veröffentlichten Gesetz-Entwurf aus und ist nur damit nicht einverstanden, daß in dem zweiten Gesetz-Entwurf das Prinzip der Progressivität aufgegeben sei. Die Brochüre enthält nebst einem reichen statistischen Material eine klare und übersichtliche Darlegung dieses ebenso schwierigen als wichtigen Gegenstandes. Wir können daher nicht umhin, auf dieselbe noch besonders aufmerksam zu machen und sie der Beachtung aller derjenigen zu empfehlen, welche durch ihre Stellung berufen sind, zu deren Lösung beizutragen. — Vom 15. November d. J. ab tritt für die Berlin-Stettiner Eisenbahn der Winterfahrplan in Kraft, nach welchem täglich 3 Personenzüge und 1 Güterzug von jeder Endstation abgehen. — Gegen einen hiesigen Einwohner, der auf der Berlin-Stettiner Eisenbahn einen Kondukteur zu veranlassen gesucht hat, ihn auf ein nach Tantow gelöstes Billet bis Berlin mitfahren zu lassen, ist wegen versuchten Betrugs auf Verlust der Nationalkokarde und eine Geld-, event. Gefängnißstrafe erkannt worden und dies Urtel in zweiter Instanz bestätigt. — Der Stettin-Berliner Telegraph wird, wie wir hören, fleißig vom Publikum benutzt; die hier erscheinenden beiden Handels-Zeitungen (Ostsee- und Norddeutsche Zeitung) theilen jeden Nachmittag die Berliner Börsen-Course mit. — Die telegraphische Kommunikation zwischen Berlin und Stettin ist bis jetzt zweimal unterbrochen gewesen; das erste Mal hat eine Durchstechung des Drathes von Menschenhand stattgefunden; das zweite Mal aber ein in der Nähe desselben befindliches Nest junger Mäuse die Guttapercha-hülle abgenagt.

Frankfurt, den 5. November. Seit gestern Abends befindet sich der Prinz von Preußen wieder für einen kurzen Aufenthalt in unserer Stadt. Er kam von Karlsruhe, speis'te bei Hofe in Darmstadt und traf dann mit dem letzten Zuge der Eisenbahn hier ein. — Die „O. P. A. Z." von heute enthält einen Artikel amtlichen Charakters, wonach vom Reichsministerium der gemessene Befehl ertheilt worden ist, die Kriegs-Fregatte „Gefion" eher in die Luft zu sprengen oder zu verbrennen, als zuzugeben, daß dieselbe in die Hände der Dänen gelange. Der Nachricht ist eine Auseinandersetzung der Thatsachen beigefügt, welche das Reichs-Ministerium befürchten und in ihm sogar den Argwohn aufkommen lassen, daß Preußen die Hand dazu bieten könne, daß das eroberte Schiff unter der Firma: „eines selbstständigen Schleswig" an Dänemark überliefert werde. (Köln. Ztg.)

München, den 2. November. Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Der Abg. Heine sagt bei Verhandlung der Deutschen Frage: Die von Preußen verschlungenen Staaten würden bald, wie Jonas vom Haifische, ausgespieen werden, wenn es sich mit Oesterreich einige. Demokratie krieche auf dem Deutschen Einheits-Apfel wie ein Wurm herum. Die Polizei habe sich in Deutschland neben der Philosophie trefflich ausgebildet und selbst die Religion überwacht. Die Religion werde aber bleiben, wenn man auch wieder dekretire, daß sie bloß den Schullehrern überlassen bleiben solle. Der Redner schließt mit den Worten: Wen Gott verlassen will, dem nimmt er den Verstand. v. Lassaulx: Die heutige Frage ist eine Frage der Macht, und durch die Macht wird sie entschieden. Wenn sie durch Reden entschieden werden könnte, würde man sie in Frankfurt entschieden haben. Betrachten wir die jetzige Sachlage genau, so finden wir den besten Auskunftsweg. Oesterreich hat den Dämon der Revolution zu Boden geworfen und verdienter Weise gezüchtigt. Oesterreich ist im Innern jetzt fertig geworden und steht wieder da als der wahre Erbe der Deutschen National-Hoheit. Wäre es nun nicht thöricht, zu verlangen, Baiern solle selbstständig eine Macht entwickeln, die es Oesterreich und Preußen gegenüber nicht hat. Nicht durch den Willen der Fürsten oder des Volkes allein wird die Angelegenheit für immer geschlichtet, sondern durch die Entwickelung Europa's und Deutschlands; denn die Deutsche Frage ist in letzter Instanz nicht bloß eine Deutsche, sondern eine Europäische. Deutschland hat seine Jugend verloren, es beginnt zu altern; deshalb wird dem letzten Rest des Deutschen Reiches das junge lebensfrische Slawenthum eingeimpft. Der Thermometer des Lebens eines Volkes ist die Glaubenskraft. Wie eine Naturkraft die Bäume wachsen macht, so bedingt der Glaube Wachsthum, Bildungsfähigkeit der Völker; wo dieser Lebensheerd zu erkalten beginnt, da ermatten die Herzschläge und das Leben stirbt ab. Die specifische Glaubenskraft ist in Deutschland seit Langem im Abnehmen; unter den Slawischen Volksstämmen jedoch herrscht noch eine große substantielle Intenstität des Glaubens. Der Kaiser von Rußland, der das Glück hat, abgesehen von seiner Würde, der Erste seines Volkes zu sein, will, fühlt und spricht es aus, daß Gott mit ihm und seinem Volke sei. Wir müssen uns mit dem Slawenreiche einen, wir können den Slawen von unserer überflüssigen Bildung abgeben, sie uns von ihrer ungebrochenen, unverbrauchten Bildungskraft. Oesterreich hat 38 Millionen Einwohner, darunter nur 8 Millionen Deutsche. Diese 30 Millionen, wovon der größte Theil Slawen, werden uns 32 Millionen Deutsche auffrischen. Dies zu vermitteln, sind wir bestimmt; wir müssen Preußen und der Kleinstaaterei widerstreben. Baiern ist schon durch seine geographische Lage, durch die Identität des Kerns seiner Bevölkerung, der Sitte, der Gemüthskraft, aller geistigen und materiellen Interessen auf Oesterreich hingewiesen. Deshalb muß mit diesem Baiern in das innigste Verhältniß treten. (Köln. Ztg)

Oesterreich.

LNB Wien, den 6. November. Die türkische Korrespondenz des Wanderers, ist eben nicht geeignet, alle Besorgnisse von dieser Seite zu beschwichtigen. Vielmehr wird mit Hinblick auf Rußland hervorgehoben: Der Rückzug der russischen Truppen aus Ungarn und Galizien; die Geneigtheit zu Unterhandlungen mit Cirkassien, so wie die neue angeordnete Rekrutirung wären Anzeichen genug, sich für den Fall eines Krieges freie Hand zu halten. Andrerseits werden unter den Vorgängen in der Türkei bemerkenswerth gefunden: die stillen Rüstungen und die Einreihungen der Bejihs, die Verlegung des ausgezeichneten polnischen General Wysocki mit seiner Schaar nach Schumla, woselbst auch der Mohamedaner Bem sich befindet und vor allem die Unerschütterlichkeit des gegenwärtigen Ministeriums, dessen gefährlichster Feind Musta Pascha jetzt entfernt wurde. — In Pesth hat es tiefen Eindruck gemacht, daß allen Gewölbinhabern anbefohlen wurde, den ungarischen Ueberschriften die deutsche Uebersetzung binnen 48 Stunden hinzuzufügen, und im Uebertretungsfalle 20 fl. zu zahlen.

Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches ist auch der Prager juridischen Fakultät zur Begutachtung vorgelegt worden. — Graf L. Lazansky ist zum Statthalter von Mähren ernannt worden. — Der neu ernannte Festungs-Gouverneur von Olmütz, General der Kavallerie, v. Gorczkowsky, kömmt in gleicher Eigenschaft nach Mantua. — Eine neue militairische Eintheilung für die Grenze wird erwartet; wie verlautet, soll dieselbe mit Einschluß Dalmatiens und der Banatischen Grenze die fünfte Armee bilden, die Siebenbürgischen Grenztruppen jedoch nicht einschließen. — Den Kais. Russ. General Hasfort hat auf der Spitze des Kapellenberges bei Kronstadt ein militairisches Denkmal zur Erinnerung an die Russ.-Oest. Union mit der Inschrift: „Russia et Austria unita 1849" setzen lassen. — Zu Pesth ist eine neue, das Paßwesen betreffende Verordnung erschienen. Die Komitatsvorstände sind zur Ertheilung von Päßen innerhalb Ungarn, die Munizipal-Autoritäten und Regierungskommissaire für jene nach andern

Kronländern, und nur der Befehlshaber der Armee und seine Delegaten für jene nach dem Auslande ermächtigt. In Betreff der Sprache sind die Pässe für Ungarn selbst in jener Sprache, welche in der Gemeinde des Paßwerbers die übliche ist, für die andern Kronländer und das Ausland aber nur in der Deutschen auszufertigen. — Die „Innsbrucker" Zeitung, das einzige freisinnige Blatt Tyrols, hat zu erscheinen aufgehört. — Das von Dr. Schuselka erschienene Werk: „Deutsche Fahrten" darf über Anordnung des Gouvernements vorerst nicht mehr verkauft werden. — Es heißt, daß Professor Steinheil aus München, der Erfinder des elektromagnetischen Telegraphen, als Chef der Sektion für das hiesige Telegraphenamt berufen worden sei.

Die heute offiziell kundgemachte Reform der Justizorganisation und der Rechtspflege im Kronlande Ungarn ist von der höchsten Wichtigkeit. Sie beruht auf den Grundsätzen der Rechtspflege, welche die Reichsverfassung vom 4. März zur Basis hat, und der daraus hervorgegangenen Organisation in den übrigen Kronländern. Dieser gemäß entfallen in Zukunft in Ungarn die zahlreichen, bisher theils nach der persönlichen Eigenschaft der Parteien, theils mit Rücksicht auf den Klagegegenstand bestandenen privilegirten Jurisdiktionen, und es werden alle Einwohner des Landes ohne Unterschied vor demselben Gerichte und nach gleichem Gesetz ihr Recht zu suchen und ihr Recht zu nehmen haben. Das Richteramt wird vom Staat ausgehen und ein unabsetzbares sein. Die Gliederung der Gerichte reiht sich denjenigen in den andern Kronländern an, woraus das Aufhören der sonst in Ungarn gebräuchlichen, die Rechtspflege hemmenden Behelfe hervorgeht. Dagegen berücksichtigt man untergeordnete Eigenthümlichkeiten der bisherigen Ungar. Gesetzgebung. Die Errichtung öffentlicher Grund- und Intabulations-Bücher ist eingeleitet. Bis zur völligen Realisirung derselben kann zwar der Unterschied zwischen adligem und städtischem Grundbesitz noch nicht aufgehoben werden, jedoch wird für die Amtshandlungen in Grundbuchs- und Intabulationsangelegenheiten, in Bezug auf das unbewegliche Vermögen in den königlichen Freistädten, dann in Jazygien, Kumanien und in den Haydukenstädten eine Verordnung vorbereitet, wodurch die Maßregeln auch auf den bisherigen bäuerlichen Grundbesitz ausgedehnt werden. — Auch in Betreff der freiwilligen und Strafgerichtsbarkeit werden im Allgemeinen die für die anderen Kronlande geltenden Grundzüge der Justiz-Organisation angewandt — Das Institut des Geschwornengerichts wird für Ungarn noch nicht als ausführbar betrachtet. Handels- und Berg-Gerichte sind besonders zu errichten. Die in den geistlichen Gerichten bestandene anomale Stellung der kirchlichen Gewalt wird aufgehoben. In Beziehung auf Prozeßgebung und Wechselgerichtsstreitigkeiten bleiben vorerst die an den letzten Landtagen eingeschlagenen verbessernden Bestimmungen in Kraft. Hinsichtlich der Aviticität ist die Verlängerung der Suspension aller anhängigen Aviticitäts-Prozesse ausgesprochen und wird die definitive Anerkennung und Beschützung des faktischen Besitzes in sichere Aussicht gestellt. Eine gleiche Verlängerung der Suspension findet bei den Darleihungsforderungen statt für die Besitzer von Urbarialgütern, wenn sie vor dem 11. April 1848 eingegangen sind, in Ansehung derer auch schon früher ein Moratorium gewährt wurde. — Die Kosten der neuen Rechtspflege werden die der bisherigen bedeutend übersteigen. — Die eingeleitete Untersuchung gegen den Groshändler Wodianer ist noch immer nicht beendet. Man vernimmt, daß er beschuldigt wird, für Rechnung Ungarns Feuergewehre aus Lüttich bezogen zu haben, wogegen der Angeklagte aber Protest einlegt, da solches mit Wissen und Genehmigung des damaligen Kriegsministers Latour geschehen sei.

— Die Hinrichtungen in Ungarn sollen nun wirklich aufhören; aber noch glaubt man es kaum, obwohl man bereits Näheres über die Conferenz in Schönbrunn über diesen Gegenstand hört. Haynau bestand auf der Fortdauer seiner Vollmacht, und brachte zur Begründung der fortdauernden Nothwendigkeit dieser Hinrichtung vor, daß seine und die russische Armee 60,000 Mann im Feldzuge verloren hätten, und diese gerächt werden müßten. Nach dem Oberkommandanten hatte der Minister des Innern, Justizminister Bach das Wort; er sprach nicht für die Aufhebung der Exekutionen, sondern schwankte. Da kam die feste Erklärung des Premierministers, der sich unumwunden, aus Rücksicht politischer Klugheit, für die Nichtvollstreckung fernerer Todesurtheile äußerte. Fürst Schwarzenberg liest aber die französischen und englischen Blätter, und die einhellige Sprache derselben wird nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben sein. Den Ausschlag gab aber der Kaiser, welcher ebenfalls zur Ansicht des Fürsten sich neigte. Haynau war so entrüstet über diesen Beschluß, daß er raschen Schrittes und mit unwilliger Miene das Cabinet verließ. (Köln. Z.)

Am 1. November hat Haynau in Pesth die Oesterreichische Reichsverfassung vom 4. März öffentlich verkünden lassen, und diese Verkündigung geht nun durch das ganze Land. Es ist der bitterste Hohn gegen Ungarn: man decretirt ihm eines Tages die unbeschränkte Militärherrschaft zu, und dann verlies't man ihm wieder eine Verfassung als die seinige, von deren Bestimmungen es keine für sich in Anspruch nehmen darf. Haynau dagegen, der in constitutionellen Fragen sich wenig zu helfen weiß, ist der unbeschreiblich wunderlichen Ansicht, daß der neue provisorische Verwaltungs-Organismus für Ungarn auf der Oesterr. Constitution beruhe!! Gleichzeitig hat Haynau von Pesth aus für geringere noch nicht abgeurtelte politische Verbrecher, deren Strafe ein Jahr nicht übersteigen würde, ein Amnestie-Decret erlassen. Diese Amnestie wird von den Schwarzgelben nicht wenig gepriesen werden, im Grunde aber ist sie nichts als ein Werk der bittern Noth. Verbrechen, wie die amnestirten, haben alle Ungarn ohne Ausnahme begangen, und wenn man solche Verbrecher begnadigt, so geschieht es, weil man für sie nicht genug Kerker und Kerkermeister finden kann. (Köln. Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 5. November. Der Minister des Innern hat 2 Präfecten, welche mit Urlaub sich hier aufhielten, die Weisung ertheilt, unverzüglich auf ihre Posten zurückzukehren. — Nach dem Siécle soll Rayneval zu Neapel durch Anton Bonaparte ersetzt werden, der in diesem Falle ohne Zweifel seine Repräsentantenstelle niederlegen würde. Für den Oberbefehl unserer römischen Armee wird General Magnan bezeichnet. — Der Kriegsminister hat drei Repräsentanten, worunter Lestiboudois, mit wissenschaftlichen und staatsökonomischen Untersuchungen in Algerien beauftragt, wohin sie nächstens abreisen werden. — Falloux befindet sich auf seinem Landsitze, wo eine Besserung seiner Gesundheit eingetreten ist. — L. Napoleon war bei der gestrigen Revue in Versailles über 6 Kavallerie-Regimenter von Changarnier, dem Belgischen Kriegsminister, dem Englischen General Fox und dem Englischen Husaren-Oberst Cardigan begleitet. Er wurde von den Truppen mit begeisterten Vivats empfangen und theilte nach der Musterung mehrere Decorationen an Offiziere und Soldaten aus. Wie es heißt, soll der Präsident Willens sein, die Botschaft vom 31. October in allen Gemeinden des Landes anschlagen zu lassen. — Die neuen Minister kündigen in ihrer Umgebung laut ihre Absicht an, die in der Botschaft gegebenen Versprechungen baldigst zu Handlungen werden zu lassen. Sie verheißen zahlreiche und wichtige Gesetzentwürfe; mehrere von ihnen halten sich fast völlig eingesperrt und nehmen gar keine Besuche an unter dem Vorwande ernster und dringlicher Arbeiten. — Man erzählt heute im Conferenzsaale der National-Versammlung, daß der neue Kaiser von Haiti unsere Regierung kategorisch aufgefordert habe, ihn anzuerkennen, widrigenfalls seine Marine sofort die Feindseligkeiten gegen Frankreich beginnen werde. Der Minister des Auswärtigen soll bei Empfang dieser Depesche herzlich gelacht, der Kriegsminister aber doch zur Vorsorge eine Fregatte zur Verstärkung unserer Station nach Westindien abgeschickt haben, da Soulouque vielleicht den Versuch machen könnte, die auf Haiti befindlichen Franzosen zu beunruhigen. (Köln. Ztg.)

— Die heutige Sitzung der Nationalversammlung beginnt erst um 3 Uhr mit der Ernennung eines Ausschusses zur Untersuchung des Zustandes der Marine durch namentliche Abstimmung. Die neuen Minister sind schon zeitig auf ihren Bänken; sie empfangen die Begrüßungen mehrerer Mitglieder der Majorität und auch einzelner von den früheren Ministern. Nach beendigter Abstimmung wird zur dritten Berathung des Gesetzentwurfes über verlängerte Auflösung der Nationalgarde von Lyon und den Vorstädten geschritten. Chanet bekämpft den Gesetzentwurf und drückt dabei seine Verwunderung aus, daß der neue Minister des Innern denselben nicht zurückziehe, da doch mit der Botschaft des Präsidenten der Republik eine neue Politik des Vertrauens angekündigt worden sei. Bloße Verdrängung der alten Minister durch Personen, die bis heute ganz Frankreich noch unbekannt seien, habe doch nicht in der Absicht des Präsidenten gelegen. Wenn man die alten Minister gestürzt habe, so sei dies doch gewiß nicht in der Absicht geschehen, es ganz, wie sie zu machen. Ferdinand Barrot, der neue Minister des Innern besteigt unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung die Tribüne. Er erwidert, daß ein neues Ministerium keineswegs das gerade Gegentheil von dem vorhergehenden zu thun berufen sei. Er für seinen Theil finde viele nachahmungswerthe Beispiele in dem abgetretenen Ministerium. Im vorliegenden Falle glaube er dem Programme des Präsidenten der Republik treu zu sein, wenn er zur Beschützung der Arbeit die fernere Auflösung der Nationalgarde von Lyon verlange, die auch von achtbaren Vertretern der Arbeit in Lyon gefordert werde. Der Minister äußert sodann, daß der gegenwärtige Augenblick voll Gefahren sei wegen der vielen Fahnen von verschiedenen Farben, die man entfalte. (Murren auf der Rechten.) Er glaube nicht, daß in der Versammlung eine andere Fahne existire, als die Fahne der von der Nation erwählten Gewalt. Dieser Ausdruck erregt die lebhafte Kritik der Linken, worauf der Redner zu antworten sucht, jedoch mit sorgfältiger Vermeidung des Wortes Republik. Eine Stimme links: „Sagen Sie doch, die Fahne des Kaiserthums!" Eine andere Stimme: „Sagen Sie doch, die Fahne der Republik! Das wird Ihnen sehr schwer!" F. Barrot schließt mit dem entschiedenen Antrage auf Genehmigung des Gesetz-Entwurfes. Mathieu (de la Drome) bemüht sich, die verlangte Maaßregel, so wie überhaupt das Programm des neuen Ministeriums mit der Botschaft des Präsidenten in Widerspruch zu setzen. „Wenn Ihr die Arbeit schützen wollt, so legt Entwürfe zur Organisation des Credits und gegen die Banquiers und Wucherer vor! Wenn Ihr die Würde Frankreichs aufrecht erhalten wollt, so gebt der ersten Grenzstadt Frankreichs die Waffen wieder! Eine neue Politik beginnt. (Zu den Ministern gewendet:) Sie sind nicht hier, um ihre eigenen Gedanken zu verfolgen; Sie sollen die Absichten und Befehle des Präsidenten ausführen. Machen Sie nicht, daß man wieder, wie vom Briefe vom 18. August, sagt und wie ich eben vor der Thür der National-Versammlung gehört habe: Diese Manifeste sind Kanonenschüsse, allein sie sind nur blind geladen!" Der Gesetz-Entwurf wird angenommen. — Hierauf wird zur Discussion der Inbetrachtnahme eines Vorschlages des Generals Baraguay d'Hilliers geschritten, der das Decret der Constituirenden, wonach die Zulassung zu der polytechnischen und den Officiers-Schulen unentgeltlich sein soll, modificirt wissen will. Tamisier bekämpft den Vorschlag als ungerecht gegen die Armen, die an den Lasten jener Anstalten mittragen müssen, als undemokratisch und nachtheilig für den Staat, in so fern dadurch der Kreis, in dem derselbe die ausgezeichnetsten Talente suchen müsse, verengt werde. Baraguay d'Hilliers vertheidigt seinen Vorschlag. Oberst Charras fordert den Kriegs-Minister d'Hautpoul auf, als Organ der persönlichen Politik des Präsidenten der Republik sich zu erklären, ob er im Budget seines Ministeriums die zur unentgeltlichen Ertheilung des Unterrichtes in der polytechnischen und Offiziers-Schule von Saint Cyr nöthigen Fonds verlangen werde. Der Kriegs-Minister läßt diese Frage unbeantwortet. Ueber die Inbetrachtnahme wird auf Verlangen der Linken zur namentlichen Abstimmung geschritten. Es ergeben sich 377 Stimmen dafür, 201 dagegen. Schluß der Sitzung.

Paris, den 6. November, Morgens. Louis Napoleon soll sich eine Liste der Präfekte haben vorlegen lassen, um selbst diejenigen, welche abzusetzen sind, so wie ihre Nachfolger zu bezeichnen. Man glaubt, daß zahlreiche Veränderungen in diesem Verwaltungszweige vorgenommen werden. — Die „Estafette" äußert, daß man gestern in der Versammlung lebhafte Besorgniß aus Anlaß der russisch-türkischen Frage kund gegeben, und vielfach behauptet habe, die (schon erwähnte) Note des Kaisers an England sei nur das Vorspiel ernsterer Handlungen des Selbstherrschers. Mit Unruhe habe man sich gefragt, welche Haltung unser Cabinet im Angesichte der Gefahren annehmen werde, welche das Zerwürfniß zwischen Rußland und England voraussehen lasse. „Die Botschaft des Präsidenten," sagt die „Estaffette," „ist nicht geeignet, die Zitterer zu beruhigen. Es heißt darin, daß die auswärtige Politik Frankreichs eine würdige sein werde. Nun besteht aber in diesem Falle die Würde darin, den Forderungen Rußland zu widerstehen und der Türkei Beistand zu leisten, damit sie sich den bewaffneten Versuchen Rußlands entgegenstelle. Weit entfernt, die nur an einen nahen Kampf Denkenden zu beruhigen, vermehrt die Zusammensetzung des Ministeriums ihre Befürchtungen. Sie versichern, daß die Dauer des Cabinets eine kurze sein werde, daß dann leider! die Männer der Linken an das Ruder kommen würden, und daß man nicht wissen könne, in welche Lage sie das Land bringen würden." — (Kln. Z.)

— (K. Z.) In der gestrigen Sitzung des hohen Gerichtshofes zu Versailles war das Verhör der Entlastnngs-Zeugen fortgesetzt Mehrere Zeugen behaupten, die gesetzlichen Aufforderungen seien nicht vorhergegangen, als man den Zug auf dem Boulevard auseinander sprengte, und daß besonders die Jäger von Vincennes sich durch Brutalität ausgezeichnet, so wie auch mehrere Unbewaffnete niedergestoßen hätten. Ein Arbeiter giebt an, er habe mehrere Polizei-Agenten in Blousen gesehen, welche geschrieen hätten, man solle nach dem Conservatoire ziehen. General Changarnier soll zu einem Zeugen, welcher am 11. von der beabsichtigten Manifestation zu ihm sprach, gesagt haben: „Ha, Ihr Pariser, nur der Kaiser konnte Euch im Zaume halten." Diese Worte seien Guinard wiedergesagt worden und hauptsächlich ihretwegen habe er seine Legion zusammenberufen, weil er daraus auf ein Attentat zum Umsturze der Republik schloß. Man glaubt, daß heute noch das Zeugenverhör zu Ende gehen wird.

Spanien.

Madrid, den 31. Oktbr. (Köln. Z.) Gestern hieß es, das Ministerium Narvaez habe abgedankt und Isturiz sei mit Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Das Wahre an der Sache ist Folgendes: Als die Königin aus dem Theater kam, fand sie die Minister ihrer wartend, und Narvaez, sie anredend, sagte, daß es bei jetzt begonnener Cortes-Session für die Minister von Wichtigkeit sei, von ihr selbst zu vernehmen, ob sie wirklich ihr Vertrauen besäßen, ohne welches sie unmöglich mit Erfolg handeln könnten und welches sie, gewissen Gerüchten zufolge, verloren hätten. Narvaez setzte hinzu, daß er und seine Collegen sofort abtreten würden, wenn an diesen Gerüchten etwas Wahres sei. Die Königin, solchen Besuch zu solcher Zeit nicht erwartend, sprach ihre Ueberraschung aus und versicherte wiederholt und aufs bestimmteste, daß ihr Vertrauen auf das Ministerium vollständig und unbedingt, daß alle verbreiteten Gerüchte unbegründet und wahrscheinlich von Feinden ihrer Ruhe erfunden seien. Die Minister begaben sich zufrieden nach Hause. Im Senate befragte heute Hr. Pena Aguayo das Ministerium aus Anlaß der erwähnten Gerüchte, worauf Narvaez über die Conferenz mit der Königin berichtete und förmlich erklärte, daß das Kabinet noch das volle Vertrauen Isabella's besitze. Trotzdem glauben gut unterrichtete Personen, daß die aus der kitzlichen Palastfrage erwachsenden Schwierigkeiten bald eine Abänderung des Ministeriums herbeiführen werden.

Portugal.

Lissabon, den 30. Oktober. Das Programm der Opposition ist vor Kurzem erschienen. Die Veröffentlichung desselben bezweckt die Bildung eines Wahlmodus und die festere Organisation der Partei. Zur Erreichung dieses Zweckes soll in der nächsten Woche eine Versammlung abgehalten werden. Unterzeichnet ist das Aktenstück von 31 Personen, unter anderen von den Grafen Antas, Bomfil, Mello und Villa Real, dem Marquis von Loulé, Julio Gomes, Passos und anderen Septembristen. Silva Cabral setzt in dem unter seinem Einflusse stehenden Journal „Estandarte" die Opposition gegen das Cabinet seines Bruders, des Grafen v. Thomar, in so entschiedener Weise fort, daß kaum irgend Jemand an ein geheimes Einverständniß zwischen beiden Brüdern glaubt. Costa Cabral hat vor einigen Tagen im Ministerium des Innern angestellten Beamten entlassen, scheinbar aus keinem anderen Grunde, als weil derselbe ein persönlicher Freund seines Bruders war. — Die Nachricht von der Ermordung des Gouverneurs von Macao hat hier eine traurige Sensation erregt. Männer aller Parteien stimmen darin überein, daß seine Ernennung zu jenem Posten ein Mißgriff war. Amaral galt für einen tüchtigen See-Offizier, aber auch für einen jähzornigen Charakter, — eine Eigenschaft, welche ihn für eine so delicate Stellung, wie die war, die er in Macao einnahm, nicht besonders tauglich erscheinen ließ. (Köln. Ztg.)

Schweiz.

Bern, den 2. November. (D. Z.) Die Mehrzahl der auf dem hiesigen Kornboden untergebrachten Flüchtlinge hat sich entschlossen, die Schweiz zu verlassen. Es cirkuliren unter ihnen verschiedene Listen zum Unterzeichnen. Die eine fordert zur Rückkehr nach Baden auf und zählt schon über 150 Unterschriften; die andere macht Denen, welche nicht ohne die größte Gefahr in die Heimath zurückgehen können, den Vorschlag, sich nach Algier zu begeben. Auch dazu soll sich eine nicht unbedeutende Zahl entschlossen haben. Der Grund dieses Entschlusses liegt theils in der Ungewißheit, ob sie sicher in der Schweiz bleiben können, oder vielleicht mitten im Winter eine Ausweisung zu erwarten haben. Ganz besonders aber hat die Stimmung eines Theils der hiesigen Bevölkerung, welche nicht abläßt, die unglücklichen Verbannten zu necken, zu reizen und ihnen zu drohen, zu diesem entscheidenden Schritt veranlaßt. Freilich bemüht man sich von verschiedenen Seiten, die Leute von ihrem Entschlusse abzubringen; aber ich glaube, wer es wohl mit ihnen meint, sollte den Unglücklichen rathen, in die Heimath zu gehen.

Italien.

Die Nachrichten aus Rom reichen bis zum 27. Oktbr. Die Deputation, welche den Papst zur Rückkehr einladen sollte, war nicht abgegangen, obgleich sie ihre Abreise auf den 25. festgesetzt hatte. Am 28. Oktober sollte der Befehl über die Römischen Truppen von General Levaillant auf die vom Hofe zu Gaeta ernannten Offiziere übergehen, und zwar, wie man glaubt, auf Veranlassung eines energischen Protestes von Seiten Oesterreichs, Spaniens und Neapels. Zwischen der päpstlichen Commission und General Rostolan war es wiederum zu einem heftigen Streite gekommen; man erwartete, daß in Folge desselben die drei Deputationen Rom nicht verlassen würden. — Die Haussuchungen im Ghetto dauerten noch fort. — Am 28. Oktober sollte in den Ebenen von Acquacetosa eine große Revue über die Französischen Truppen abgehalten werden. — In Bologna ist der Post-Direcktor Marchesini, ein vertrauter Freund des Bruders Pius' IX., seines Postens entsetzt worden, dem Vernehmen nach, weil er sich weigerte, das Briefgeheimniß zu verletzen. — In den Legationen ist in Folge der vielen

Brandstiftungen ein Dekret erlassen worden, welches jedem, der einen Brandstifter angiebt, eine Belohnung von 20 bis zu 100 Thalern zusichert. — In der Provinz Faenza sind verschiedene politische Verbrecher befreit worden; man erwartete, daß politische Verfolgungen beginnen würden und sah der Ankunft Römischer, mit Einleitung der Untersuchung beauftragter Magistratspersonen entgegen. — Aus Palermo wird dem „Nazionale" vom 20. Oktober Folgendes geschrieben: „In unserer Stadt herrscht die Ruhe des Grabes; 100 Kanonen und 30,000 Bayonnette ersticken den Zorn und den Rachegeist, welcher im Volke lebt. Am 4. Oktober, dem Geburtstage des Erbprinzen, ward ein Protest der Sicilianer veröffentlicht; allen Repräsentanten der fremden Mächte wurden Abschriften desselben zugestellt. Der König erhielt ihn einige Zeit vor der Note Lord Palmerston's." — In Mailand ist ein gewisser Domenico Novati wegen Verheimlichung von Waffen zum Tode durch Pulver und Blei verurtheilt worden. (Köln. Z.)

Rußland und Polen.

Wir erwähnten gestern einer Note, welche der Kaiser von Rußland der „Patrie" zufolge auf Veranlassung der Bewegungen der Englischen Mittelmeer-Flotte an die Englische Regierung gerichtet haben soll. Ueber den Inhalt dieser Note theilt die „Patrie" Folgendes mit: Der Kaiser protestirt in derselben gegen die feindlichen Demonstrationen Englands mitten im Frieden und gesteht ihm nicht das Recht zu, sich in Angelegenheiten zu mischen, welche nur Rußland und die Pforte angehen; die Auslegung des zwischen beiden Mächten bestehenden Vertrages sei nur Sache dieser beiden Mächte, und England müsse derselben vollkommen fremd bleiben. — Das Pariser Blatt will außerdem wissen, der Czar habe Fuad Effendi zu verstehen gegeben, daß er seine Mission als beendigt ansehen könne; übrigens sei seine Anwesenheit in Petersburg eine Verletzung eines besonderen Vertrages zwischen Rußland und der Pforte, kraft dessen der Sultan keinen außerordentlichen Gesandten nach Petersburg schikken dürfe, ohne die Russische Kanzlei vorher davon benachrichtigt zu haben. Er, der Kaiser, habe als Freund und Nachbar in Beziehung auf diesen Bruch des Vertrages gern die Augen geschlossen und dem außerordentlichen Gesandten des Sultans eine Ehren-Audienz ertheilt. Seit der Sultan aber an die Intervention Frankreichs und Englands appellirt habe, sei natürlich eine Aenderung in seinem Verhältniß zur Pforte eingetreten, und in Zukunft werde er die Mittheilungen des Türkischen Gesandten nicht mehr direct, sondern nur durch die Vermittelung des Russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten entgegennehmen. (Köln. Ztg)

Jonische Inseln.

Der Lord-Oberkommissar Sir Henry Ward ist am 26 Oktober nach Korfu zurückgekehrt. Die Ruhe auf den Inseln war vollständig wieder hergestellt. — Ein Brief aus Argostoli vom 24. Oktober beschreibt die Hinrichtung der Insurgentenführer Vlakko und Papa Listi, welche am 19. in Lixuri Statt fand, in folgender Weise: Als den beiden Verurtheilten die Hände gebunden wurden, fiel mir die Verzagtheit Vlakko's auf. Auf dem Wege vom Gefängnisse weinte er bitterlich. Der Priester Papa Listi zuckte ein wenig, als man ihm einen Strick mitten um den Leib band, um ihn abzuhalten, über Bord zu springen. Sonst zeigte er sich vollkommen fest, obgleich er sich auffallender Weise nicht im Geringsten um seinen geistlichen Tröster kümmerte und das Crucifix gleichgültig ansah. Beim Einsteigen in das Boot ging eine Veränderung mit Vlakko vor, und von jenem Augenblicke an verieth er allem Anscheine nach keine Todesfurcht. Vor seiner Hinrichtung sagte er: „Ich muß sterben; wozu soll ich mir also unnöthige Mühe geben? Laßt mich dort hinaufsteigen", indem er auf den Galgen zeigte. Vlakko starb sogleich, Listi aber nach einigen Zuckungen. Beider Leichen wurden von ihren Verwandten zurückverlangt und die Vlakko's von seiner Frau nach Speglia gebracht. — Als Vlakko am 17. Oktober in Lixuri vor dem Kriegsgerichte stand, drückte er den Wunsch aus, nicht von seinen Landsleuten, sondern von Engländern gerichtet zu werden, und legte überhaupt die größte Verachtung gegen die Griechen an den Tag. „Wenn mir ein längeres Leben verstattet wäre", sagte er unter Anderem, „so würde ich in Zukunft lieber Höllengeistern, als Griechen trauen." Bei seiner letzten Zusammenkunft mit seiner Frau verlangte er, daß folgende Inschrift auf sein Grab gesetzt würde; „Er ward nicht durch die Engländer oder durch die Regierung getödtet, sondern der Verrath seiner eigenen Landsleute vernichtete ihn." (Köln. Ztg.)

Amerika.

(Köln. Z.) Wir haben Nachrichten aus den Vereinigten Staaten bis zum 20. Oktober. — Man hat die Hoffnung, den verlorenen Sir John Franklin zu entdecken, noch nicht aufgegeben. Capitain Chapel, welcher mit der Barke M'Lellan von der Davis-Straße im Hafen von New-York angekommen ist, war Anfangs August in Pond's Bay, einer Seitenbucht von Baffin's Bay, gewesen. Um jene Zeit waren die Eingeborenen an Bord eines ebenfalls dort lagernden Englischen Wallfischfahrers gekommen und hatten durch Zeichen zu verstehen gegeben, daß in Prince-Regent's Bucht zwei große Englische Schiffe schon seit 4 Jahren im Eise fest lägen. Auf die Frage, ob die Mannschaft der Schiffe todt oder lebendig sei, entgegneten sie, das Letztere sei der Fall, und die Leute am Bord befänden sich alle wohl. Man deutete diesen Bericht auf Sir John Franklin und seine beiden Schiffe. — Aus Canada haben wir Nachrichten bis zum 16. Oktober. Seit einigen Tagen circulirte ein Protest gegen die Einverleibung der Colonie in die Vereinigten Staaten. Die Zahl der Unterschriften soll sehr beträchtlich gewesen sein. — In Californien gewinnen die geselligen und staatlichen Zustände allmählich eine regelmäßigere Gestaltung. In S. Francisco hat sich Anfangs August eine Art Gemeinde-Verwaltung gebildet, und zwar hat man darin im Allgemeinen das Mexicanische System befolgt. An der Spitze der Executiv-Gewalt steht ein Alcade, welcher als Richter fungirt. Alle bedeutenden Fälle, auch Civil-Sachen, kommen vor eine Jury, wenn eine der Parteien es verlangt. Das durch größere Sicherheit der Person und des Eigenthums hervorgebrachte Vertrauen wird schon merklich sichtbar. Der wohlgesinnte Theil der Einwohner ist fest entschlossen, dem Gesetze Geltung zu verschaffen und die Uebertreter desselben nicht unbestraft zu lassen. Zwei berüchtigte Räuber, die im Innern des Landes ihr Wesen trieben, sind gefangen, vor Gericht gestellt, der ihnen zur Last gelegten Verbrechen überwiesen und gehängt worden. — Der Gouverneur von Californien, General Kiby, war in Monterey, dem Sitze der Regierung, gefährlich erkrankt.

Locales ꝛc.

Posen, den 10. Novbr. Die um 12 Uhr fällige Post der Berliner Blätter ist heut ausgeblieben.

Posen. — Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß am 20. v. M. bei einer Schießübung auf dem s. g. Schwersenzer Sande ein Soldat vom 5. Regiment durch einen unvorsichtigen Schuß sein Leben eingebüßt hat. Was uns wundern muß, ist, daß über ded Fall keine gerichtliche Untersuchung stattgefunden hat, wie sie doch das Gesetz bei dergleichen gewaltsamen Tödtungen vorschreibt.

Der bei Szymanski verwundete Trompeter soll sich im Lazareth außer Gefahr befinden, indem die Hauptwunde (durchstochne Drosselader) fast geheilt ist.

Posen, den 8. November. (Schluß des Berichts über die Stadtverordneten-Sitzung vom 7. d.) Hierauf entwickelte der Vorsitzende, Hr. Müller, seinen Petitionsentwurf in Betreff der Ablehnung einer allgemeinen Einkommensteuer und Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer, welchem die ganze Versammlung mit um so gespannterer Aufmerksamkeit folgte, als sie wohl wußte, daß es sich hier um eine Lebensfrage für Posen und die Abwendung des Ruins aller Besitzenden handle. Der Redner gab in einigen einleitenden Bemerkungen an, daß er von den Kammer-Deputirten in Berlin auf die Nothwendigkeit einer derartigen Petition aufmerksam gemacht worden, und der Aufforderung dazu um so lieber nachgekommen sei, als er die Ueberzeugung hege, daß gerade für Posen die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer und statt deren die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer höchst verderblich sein werde. Er wisse sehr wohl, fügte er hinzu, daß in andern Orten über die beabsichtigte Umwandlung der Schlacht- und Mahlsteuer ein mit großer Erbitterung geführter Kampf zwischen den sogenannten Demokraten und den sogenannten Reactionairen sich entsponnen habe, von denen jene die Umwandlung, diese die Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer verlangten. Er wünsche jedoch nicht, daß sein Vortrag von einem solchen Gesichtspunkte aus betrachtet werden möge; er sei allen politischen Theorien, die schon so viel Unheil bereitet hätten, abhold, indem dieselben nur zu einer einseitigen Principien-Reiterei und gefährlichen Consequenzenmacherei, wobei der factische Standpunkt der Dinge in der Regel ganz übersehen werde, zu führen pflegten. Es sei weder seine Absicht, derjenigen Fraction, die man als die demokratische bezeichne, den Handschuh hinzuwerfen, noch derjenigen irgendwie das Wort zu reden, die in der Regel als die reactionaire signalisirt werde; seine Ansicht und Ueberzeugung entspringe allein aus den concreten Lebensverhältnissen, und er bitte die Versammlung, diesen Gesichtspunkt gleichfalls festzuhalten. Er sprach sich sodann dahin aus, daß die Einkommensteuer in der Theorie zwar die angemessenste aller Steuern sei, weil sie auf dem Grundsatze beruhe, daß Jeder nach seinen Kräften und Mitteln besteuert werde; in der Praxis dagegen zeige sie sich als unzweckmäßig und gehässig, weil sie gegen Wahrheit und Staatsklugheit verstoße, den Fleiß und die Intelligenz mehr als billig, belaste, und inquisitorisch in das innerste Geheimniß des Hauses dringe, um den Früchten der Arbeit nachzuspüren und deren Maaß auszukundschaften. Die Einkommensteuer gehöre zu den Lieblingsideen der Neuzeit und habe viele Vertheidiger gefunden, die, durch die Consequenzen der Theorie eingenommen, nicht einsähen, daß sie gerade das Gegentheil von dem bewirke, was sie bewirken solle, daß sie nämlich das Loos der ärmeren Klasse durchaus nicht verbessere, wogegen sie dadurch, daß sie die ganze Last der Besteuerung auf die Besitzenden wälze, diesen das Leben verbittere, weil die Zahl der Besitzenden keineswegs so groß sei, um alle Staatskosten mit Leichtigkeit tragen zu können. Die neue Steuer solle vorzugsweise den größeren Städten zu gute kommen, die erwiesenermaaßen durch die Schlacht- und Mahlsteuer gegen das platte Land und die kleinen Städte bedeutend prägravirt seien; und doch dürften gerade die größern Städte vielfach gegen die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer und für die Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer sich erklären. Der Redner sprach sich sodann im Hinblick auf die Stadt Posen ebenfalls in diesem Sinne aus, und stimmte aus folgenden Gründen für die Beibehaltung der letztern Steuer. Jede Aenderung in einem schon lange bestehenden Besteuerungssystem sei bedenklich und dürfe nie als Experiment, dessen Erfolg noch zweifelhaft sei, versucht werden. In vorliegendem Falle würde man nur Unzufriedenheit hervorrufen, indem die Last, die abgenommen würde, kaum merklich, die auferlegte dagegen äußerst drückend sein würde. Wenn behauptet werde, durch die Schlacht- und Mahlsteuer würde die ärmere Klasse zu Gunsten der reichern überbürdet, so sei dies eine reine Täuschung. Von 1 Pfd. Roggenbrod betrage die Steuer noch keinen halben Pfennig, sie sei somit durchaus unmerklich; vom Waizenmehl sei die Steuer zwar beträchtlich höher, aber die ärmere Klasse genieße, wenigstens bei uns, so geringe Quantitäten Waizenbrod, daß auch dabei die Steuer sich auf ein unmerkliches Minimum reducire. Ebenso wenig gewinne der Arme durch die Aufhebung der Fleischsteuer von $3\frac{1}{4}$ Pf p. Pfd., da er nicht im Stande sei, größere Quantitäten auf einmal einzukaufen, ein merklicher Gewinn aber auch hier erst bei bedeutenden Massen sichtbar werden könne. Ueberdies sei ein beträchtlicher Theil der ärmern Klasse, nämlich das Gesinde, jetzt besser daran, indem die Herrschaft, die Steuer für dasselbe entrichte, wogegen nach Ummwandelung derselben das Gesinde die Klassensteuer selbst bezahlen müsse. — 2) Das System der indirekten Steuern habe sich im Preußischen Staat hinlänglich bewährt; die Verbrauchsabgabe von den Lebensbedürfnissen sei unmerklich und daher nicht drückend, wogegen durch eine Einkommensteuer dem Steuerpflichtigen eine nicht unerhebliche Baarsumme entzogen werde, deren Ersatz er von der kaum merklichen Preisermäßigung jener Lebensbedürfnisse schwerlich erwarten dürfe. Das lockende Aushängeschild der Einkommensteuer sei: „die Besitzenden müssen alle Staatskosten tragen." Indessen hätten selbst die republikanischen Franzosen, als Proudhon sie vorschlug, dieselbe mit großer Majorität verworfen, wobei ein berühmter Staatsmann die Worte gesprochen: durch eine allgemeine Einkommensteuer mache man die Reichen arm, aber die Armen nicht reich. — 3) Die Einkommensteuer habe den Vorzug, womit sie prahle: „Besteuerung nach den Kräften eines Jeden," durchaus nicht, indem die Besteuerung immer ungleich bleiben müsse, weil wohl ein festes Einkommen, nicht aber der Gewerbebetrieb sich genau taxiren lasse. — 4) Das neue Steuersystem demoralisire jedenfalls mehr, als das System der indirekten Steuer, indem es weit mehr als letzteres zu Defraudationen verleite. Weil nämlich der Gewerbebetrieb sich nicht genau taxiren lasse, so sei der Unternehmer gewissermaßen gezwungen, sein Einkommen möglichst niedrig anzugeben; er finde sich mit seinem Gewissen leicht ab, und die Folge davon sei nicht selten ein Meineid. Das beweise namentlich Englands Beispiel, wo Handel, Schifffahrt und Fabrikindustrie, so ungeheuer auch diese seien, nur $10\frac{1}{4}$ Millionen Thaler aufbrächten, während sie bei gewissenhafter Angabe wohl das sechsfache aufbringen müßten. Ueberdies sei jetzt am wenigsten die Zeit zu einer Umwandlung der Steuer, indem der Handel und gewerbliche Betrieb des Credits bedürften, und die Unternehmer, um nicht ihre Existenz zu untergraben, zur Täuschung ihre Zuflucht nehmen und eine Steuer, die ihre wirkliche Verpflichtung weit übersteige, zahlen müßten, lediglich um ihren Credit aufrecht zu erhalten. — 5) Die Steuererhebung sei viel schwieriger, und durch das inquisitorische Eindringen in die Familienverhältnisse weit gehässiger, als die bestehende. Das Geschrei über den Druck der Regierung werde daher nicht ausbleiben und eine weit verbreitete Unzufriedenheit sich kund geben. Daneben werden Ausfälle, die jetzt unmöglich sind, bei der direkten Steuer, aller Executionen unerachtet, unfehlbar in Menge vorkommen. — 6) Eine Erleichterung der ärmeren Volksklasse würde am besten erreicht durch die Aufhebung oder Ermäßigung der Steuer vom Schweinefleisch. — 7) Die Noth der ärmeren Klasse sei immer eine Folge der Nahrungslosigkeit, die wiederum nur durch eine Stockung des Betriebes herbeigeführt werde. Die Mehrzahl der Besitzenden gebe ihr Einkommen wieder aus, d. h. es wandere in die Taschen der Arbeiter, was jenen daher an neuen Steuern auferlegt werde, dies entziehe man geradezu der arbeitenden Klasse. In einem hochkultivirten Lande, wo alle Gewerbe blühen müssen, wenn nicht eine verderbliche Stockung eintreten solle, müsse die Regierung den Luxus begünstigen und die Besitzenden zu Ausgaben, die über das gewöhnliche Bedürfniß hinausgehen, veranlassen. Durch eine hohe Einkommensteuer werde man zunächst alle Gewerbtreibenden, welche für den Luxus arbeiten, zu Grunde richten. — 8) Die Einkommensteuer würde nur dann zu empfehlen sein, wenn sie überhaupt die einzige Steuer wäre; da dies aber nicht der Fall sein könne, so müßte der Gewinn derselben auf eine völlige Illusion hinauslaufen. Wollte man aber alle indirekten Steuern in eine direkte verwandeln, so würden bald alle Wohlhabenden, die ihr Besitzthum flüssig machen könnten, Preußen verlassen. — 9) In größern Städten, die nur ein geringes Communalvermögen besitzen, würde die Steuer eine unerschwingliche Höhe erreichen. In Posen z. B. bestehe bereits eine Einkommensteuer als Nothsteuer. Nach dem bestehenden Tarif sei hier z. B. ein Einkommensteuer von 1200 Rthlr. mit 28 Rthlr. besteuert; statt des Communalzuschlags zur Schlacht und Mahlsteuer würden c. 30 Rthlr. hinzukommen, und die Uebertragung der nicht besteuerbaren Einkünfte unter 400 Rthlr. auf die höhern Sätze dürfte mindestens noch 6 Rthlr. betragen, so daß die städtische Einkommensteuer von einer Einnahme von 1200 Rthlr. sich auf 64 Rthlr. beliefe. Dazu käme die Staatseinkommensteuer im Betrage von 3%, mithin noch 36 Rthlr., so daß ein Bewohner Posens, dessen Jahreseinkommen sich auf 1200 Rthlr. beläuft, in Zukunft gerade 100 Rthlr. an Einkommen bezahlen müßte, wofür nnr die Schlacht- und Mahlsteuer in Wegfall käme. Diese Petition wurde einer Commission, bestehend aus dem Antragsteller und den Herren Körber, Kaatz und v. Crousaz, zur Berichterstattung überwiesen.

Hiernächst wurde die Lieferung der Consumtibilien für die städtischen Anstalten dem Mindestfordernden, Herrn Mendel Cohn, auch für das Jahr 1850 überlassen. — Sodann wurde ein Veräußerungs-Consenz vollzogen und die Schulkassenrechnung dechargirt. — Schließlich stattete Herr Kaatz den Kommissions-Bericht über das Unterstützungsgesuch für die hiesige Waisenmädchen-Anstalt ab. Die Kommission erklärt sich nicht für die erbetene Unterstützung von 250 Thlr. für das laufende Jahr, und von 300 Thlr. für das Jahr 1850, weil die Waisenmädchen nicht sämmtlich der Commune angehörten, und weil die Stadtbehörde, von der man zwei Dritttheile der Gesammtkosten fordere, auf die Verwaltung des Instituts gar keinen Einfluß habe. Auch sei dies Jahr nicht einmal, wie früher, der Versuch gemacht worden, die Einnahmen durch eine zu veranstaltende Lotterie, eine theatralische Vorstellung u. s. w. zu erhöhen. Herr O.-B. Naumann nahm sich der Anstalt lebhaft an, rühmte deren Erfolge und befürwortete die geforderte Unterstützung. Bei der Abstimmung wurde nun die Summe von 250 Thlr. für das laufende Jahr bewilligt, die Unterstützung von 300 Thlr. p. 1850 aber zur Zeit noch abgelehnt. —

Y Zur Chronik Posens. (Fortsetzung.)

Um der Stadt indessen bei Erfüllung der schweren Pflicht der Instandhaltung der Festungswerke zu Hülfe zu kommen, bewilligten ihr die polnischen Monarchen mancherlei Erleichterungen. So überließ ihr Sigismund I. 1520 zur Ausbesserung der Werke die Bogdanka-Mühle auf 10 Jahr. Sigismund III. bestimmte sogar nach einem Rescripte vom 31. Oktober 1628, daß aller, den Königen von Polen rechtlich zustehende, Nachlaß der Stadt zur Erhaltung der Festungswerke anheim fallen sollte, nachdem er schon 1621 verordnet hatte, daß die Einwohner Posens bei Uebersiedelung in eine andere Stadt, sei es im Lande selbst oder über die Landesgrenze hinaus, den vierten Theil ihres sämmtlichen beweglichen und unbeweglichen Vermögens unter Ableistung eines Eides der Stadtkasse übermachen sollten, wovon die Reparaturen der Mauern, Brücken, Gräben und anderer Bedürfnisse zu decken wären. Der König Michael bewilligte nach einem 1672 gegebenen Privilegium der Stadt, im Moschiner Walde das zur Reparatur der Festungswerke erforderliche Holz zu fällen, während schon früher der Reichstag und die Constitution von 1588 dem Magistrat gestattete, zu diesem Behufe auf 10 Jahre eine Abgabe für Bier und Wein von 10 Groschen pro Tonne zu erheben, welche auch später Wladislaw IV. auf 8 Jahre und Johann Kasimir auf 10 Jahre ausdehnte. Um die Reparaturbauten zu leiten und zu prüfen, bestanden besondere Commissionen, nach deren Gutachten Rechnung gelegt und dem Knige von allen Bauten gehörige Rechenschaft ge-

geben werden mußte. So finden sich noch die Festungsbauberichte zweier Architekten, Krause und Schwertmann, und eine ausführliche Berichterstattung von 1659 an den König von einer aus den Kastellanen, einem Fraustädter Richter und dem Posener Landrichter zusammengesetzten Commission, welche besonders darüber ihr Gutachten abzugeben hatten, ob das Bernhadinerkloster und das Nonnenkloster der heiligen Klara niedergerissen oder innerhalb der Festungswerke hineingezogen werden sollten. Allein die Reparaturen nahmen kein Ende. So zerstörten 1707 die Schweden die kaum reparirten Mauern und verwüsteten die Schanzen. Wenn auch August II. 1712 sehr viel zur ferneren Befestigung beitrug, so wurde doch von dem Anführer der Conföderirten Gniazdowski Alles aufgeboten, um die Werke Augusts zu vernichten. Nicht minder trug eine Ueberschwemmung im Jahre 1736 zur Verwüstung der Stadt und ihrer Festungswerke bei. Eine Besichtigung derselben, deren Resultat sich noch in den Archivakten befindet, liefert uns ein jammervolles Bild von den Zerstörungen, welche diese Wasserfluth anrichtete. Dem Hauptinhalte nach lautet der Bericht: „Ausgehend von der Gerberstraße zu den abgetragenen und den vom Wasser zerstörten Brücken sah man bis zur großen neuerbauten Brücke die Schanzen von Grund aus verwüstet, die Planken und Zäune abgerissen und die Wälle zerstört. Ebenso waren die Schanzen, von den Königlichen Ingenieuren aufgeführt, und schon früher durch Vernachlässigung der Festungswerke ruinirt, vom Wasser weggespült und selbst die neue Brücke abgerissen, ebenso hatten die Fluthen sämmtliche Wälle der Citadelle vernichtet, und die Stacketen (Palisaden) auseinandergerissen. Alle Schanzen vom Gerberthore bis zur Aue hinter den Bernhadinern hatte das Wasser sämmtlich verwüstet. Hinter der Dominikanerkirche war die schon vor der Fluth zerstörte große Schanze zu Grunde gerichtet; hinter der Grosser Mühle die Mauer rings um die Dominikaner an einigen Orten 2 Ellen, stellenweise höher, theilweise auch nur eine Elle niedergerissen bis zur Schloßpforte hin; hinter den Franziskanern die Mauer theilweise abgerissen, sowie die Bretter zu den Gängen von den Franziskanern an bis zum Breslauer Thore hin vernichtet, ebenso waren bei dem Jesuiterkloster zum Theil die Bretter von den Gängen um die Mauern gänzlich zerstört und zerstreut. Die Thorflügel am Wasserthor, wie die eisernen Durchgänge, Ueberfälle und Krampen waren von den Fluthen losgerissen," so daß Posen allerdings ein höchst zerstörtes Ansehn darbot.

(Fortsetzung folgt.)

Theater.

V. Freitag wohnten wir dem sehr unterhaltenden Gastspiel des Herrn und der Frau Weirauch bei. Im ersten Stück, „der Registrator und sein Paletot", entwickelte Herr Weirauch als „Registrator Gisecke" einen Schatz von Berliner Humor und Satyre, namentlich auch in den von politische Anspielungen strotzenden Couplets, welche, hier zu Lande etwas Seltenes, ungemeinen Anklang fand. Frau Weirauch als „Guste" (ehrbare Geliebte des Zettelträgers „Krümel") unterstützte ihn recht brav; auch Hr. Pfuntner war ein sehr ergötzlicher Krümel. In der darauf folgenden „Rückkehr des Landwehrmanns" von Cohnfeld (Buddelmeyer) war das Weirauchsche Ehepaar allein und mit demselben guten Erfolg thätig. Den Schluß bildete die Vaudeville-Burleske „Lorenz und seine Schwester", ein seltsames Quodlibet, das dem Zuschauer durch seine wunderlichen Sprünge gar nicht zu Athem kommen läßt und unauslöschliches Gelächter hervorruft. Herr Weirauch als „Lorenz" ist das gelungendste Portrait eines richtigen Eulenspiegel; ungeschickt und dumpfiffig, mit Bosheit vermischt, ist er im Stande, den geduldigsten Herrn zur Verzweiflung zu bringen; doch führen alle seine Eulenspiegeleien endlich zum Guten und lassen den Zuschauer mit der Entwickelung am Schlusse befriedigt weggehen. — Das Haus war verhältnißmäßig gut besetzt und steht zu erwartn, daß die ferneren Gastspiele des tüchtigen Künstlerpaars zu guten Einnahmen führen werden. — Das Orchester füllte diesmal die Zwischenakte fleißiger aus, als gewöhnlich.

Theater.

(Nicht vom regelmäßigen Berichterstatter.)

Die Anwesenheit des Herrn und Frau Weirauch vom Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater zu Berlin verschaffte uns am Freitag Abend den Genuß dreier Novitäten: der Posse „Der geheime Registrator und sein Paletot", des zweiten Theils des Genrebildes „der Kurmärker und die Pikarde," endlich der Burleske „Lorenz und seine Schwester." Sämmtlichen Stücken ging ein guter Ruf voran, da sie in Berlin zu wiederholten Malen unter anhaltendem Beifall gegeben worden, gleichwohl sind sie alle mehr oder weniger nur leichte Waare, die alles Interesse verlieren, sobald die Aufführung nicht in jeder Hinsicht fehlerfrei, namentlich aber die jedesmalige Hauptparthie in den Händen eines genialen selbstschaffenden Künstlers ist. Das Letztere war hier der Fall, Herr Weirauch ist ein Komiker, wie es gegenwärtig Wenige giebt; die Durchführung seiner Parthien als „Gisecke", „Schulze" und „Lorenz" bewies, wie er es versteht, in den Geist der verschiedenartigsten Rollen einzudringen und uns immer ein durchaus vollendetes Charakterbild zu liefern; dabei entfaltet er eine solche unwiderstehliche komische Gewalt, daß man ihn bloß anzusehn braucht, um in ein lautes Gelächter auszubrechen. Kurz Hr. Weirauch ist der vollendete Repräsentant jener mit Recht „Berliner" genannten Komik, die weniger dem Humor, als dem Pikanten huldigt, und die, je seltener man sie zu genießen Gelegenheit gehabt, desto unwiderstehlicher wirkt. Das Publikum begleitete daher auch jede der von ihm vorgeführten Rollen von Anfang bis zu Ende mit dem lautesten Applaus, und rief den Gast zu wiederholten Malen. Ueber die einzelnen Stücke behalten wir uns eine nähere Besprechung bis zur Wiederholung derselben vor, für heute nur so viel, daß wir dem Publikum den Besuch derselben dringend anrathen, da wir bei einer Besehung, wie die gegenwärtige, gern die Garantie für wahrhates Amusement übernehmen. Frau Weirauch ist ebenfalls eine routinirte Künstlerin die auf unsere volle Aufmerksamkeit gerechten Anspruch hat; sowohl ihre „Guste", als namentlich die „Marie" im „Kurmärker und die Picarde" waren vollendete Leistungen, die sich des entschiedensten Beifalls seitens erfreuten; Frau Weirauch stattete dieselben in der That auch mit einer solchen Fülle von Liebenswürdigkeit und Schalkheit aus, daß wir die Geringfügigkeit der Partien bedauern mußten. Unsere einheimischen Künstler ließen es ihrerseits endlich auch an Nichts fehlen, und namentlich müssen wir Herrn Pfuntner's als „Krümel in dem ersten Stücke lobend erwähnen. *X.*

Musikalisches.

V. Herr Concertmeister J. Rudersdorff aus London, als Violin-Virtuose in der musikalischen Welt rühmlichst bekannt, ist hier angelangt und beabsichtigt sein schönes Talent in einem öffentlichen Concert zur Geltung zu bringen, und zwar, wie wir vernehmen, zu einem wohlthätigen Zweck. Herr Rudersdorff gehört unstreitig in die erste Klasse der Violin-Virtuosen, es läßt sich daher ein schöner musikalischer Genuß erwarten, und da hiermit ein sehr wohlthätiger Zweck verbunden ist, so läßt sich auch von Seiten des musikliebenden Publikums gewiß eine rege Theilnahme nicht bezweifeln. Wir behalten uns vor, das Nähere baldigst zur Kenntniß des Publikums zu bringen.

Verantw. Redakteur: C. F. H. Violet.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.